Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen auswärtsAuch Berlin'n: Sonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Diederich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger'sche Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schüssler. — Mainz: D. Franz. — Minden: C. Marowski. — Würzburg: Stahel'sche Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg-Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Bajchman & Frankfier in Warschau, Senatorenhof 23.

Nr. 357. **Berlin, Dienstag den 26. August 1879.** 18. Jahrgang.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 4 Mark 50 Pf., für Berlin nehmen sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen, sowie die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile 40 Pf. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese Berlin SW. Wilhelmstr. 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition frankiren alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 26. August.

Das Wahlkomité der neukonservativen Partei hat es für seine Pflicht gehalten, in dem, in unserem Morgenblatte mitgetheilten Wahlaufruf die Grundsätze zu charakterisiren, auf welchen die Partei fußt, und die Ziele zu bezeichnen, deren Anstrebungen den in das Abgeordnetenhaus zu entsendenden Vertretern anzuempfehlen sein würde.

Mit dieser öffentlichen Kundgebung hat das Wahlkomité eine große politische Pflicht in loyalster Weise erfüllt; eine Pflicht gegen Freund und Feind. Es hat Licht und Klarheit verbreitet. Nach beiden verlangt die Zeit; denn es liegt gerade in der Gegenwart, welche Wandel geschaffen hat in der allgemeinen Volksstimmung, wie in der Wahl der Mittel und Wege, auf welchen die Staats- und Reichsregierung den Bedingungen der öffentlichen Wohlfahrt entgegenzukommen gebenkt, eine große Verlockung für diejenigen, welche die öffentlichen Angelegenheiten bisher nach entgegengesetzten Gesichtspunkten zu leiten bestrebt waren, die öffentliche Meinung zu verwirren, weil sie ihnen nicht mehr unbedingt zu Gebote steht.

Inwiefern der neukonservative Wahlaufruf im Eingange die Grundsätze auffielt, zu welchen die Partei sich bekennt, hat derselbe alle Diejenigen, welche dieser Partei reaktionäre Tendenzen unterschieben, in eklatanter Weise Lügen gestraft und hoffentlich einen Boden geschaffen, auf welchem ihr Viele die Hand reichen werden, welche aus Gewohnheit bisher anderen Fahnen folgten und aus Denkfaulheit und Bequemlichkeit den liberalen Jungendrufern beipflichteten, wenn diese von den Konservativen sagten: hic niger est. —

Der konservative Wahlaufruf weiß nichts von Verkümmerung der Freiheitsrechte, er hält an dem verfassungsmäßigen Boden fest und verfagt sich keiner Reform, resp. keiner Fortentwicklung schon begonnener Reformen, unter Voraussetzung ihrer aus den realen Verhältnissen sich ergebenden Nothwendigkeit. Die Konservativen Grundsätze erstreben keine Rückwärtsbildung keiner Zustände nur an dem Einen halten sie unabänderlich fest, an der Lebensbedingung des preußischen Staates; an der unverkümmerten Machtfülle der preußischen Krone!

Aber die praktische Bedeutung einer Partei liegt nicht in dem Bekenntniß der Grundsätze, sondern in den Folgerungen, welche sie aus denselben zieht, und der konservative Wahlaufruf hat denn auch nicht gezögert, zu allen den Fragen, um deren Lösung es sich zunächst handeln wird oder deren Lösung es sich zunächst handeln wird oder deren Lösung bereits in Angriff genommen ist, an der Lebensbedingung des preußischen Staates; an der unverkümmerten Machtfülle der preußischen Krone!

Aber die praktische Bedeutung einer Partei liegt nicht in dem Bekenntniß der Grundsätze, sondern in den Folgerungen, welche sie aus denselben zieht, und der konservative Wahlaufruf hat denn auch nicht gezögert, zu allen den Fragen, um deren Lösung es sich zunächst handeln wird oder deren Lösung bereits in Angriff genommen ist, klar und bestimmt Stellung zu nehmen.

Es ist kein Wunschzettel in der beliebten Weise, um das Publikum an eine Partei zu fesseln, welche durch Aufstellung neuer Forderungen beweisen will, daß sie im Fortschreiten begriffen ist. Deßungeachtet sind wir überzeugt, daß dem Aufruf die Offenheit des Bekenntnisses bei seiner Beschränkung auf praktische Fragen nicht zum Nachtheil gereichen, sondern im Gegentheil die Gegner, welche bisher nur zu verleumden wußten, zwingen wird, selber Farbe zu bekennen und aus dem Nebel der Redefloskeln heraus zutreten.

Zwar — so naiv sind wir nicht, um zu glauben, daß nach der offenen und männlichen Darlegung des neukonservativen Wahl-Programms die Wühlhuberei mit ihrem Geschrei von Reaktion verstummen werde; das Geschrei wird in allen den Kreisen, von welchen die Schreier wissen, daß in ihnen ihre Stimme allein vernommen wird, rüstig fortgesetzt werden. Aber der Wahlaufruf wird doch in alle Kreise der ehrlichen und verständigen Leute dringen und dort seine Wirkung nicht verfehlen.

Jedenfalls hat die Partei ihre Pflicht gethan und in einer Zeit großer geistiger Verwirrung und vielfach getübter Hinterlist, welche ihr Lebenselement in der Täuschung findet, ihre Fahne selbstbewußt entfaltet und hoch gehoben!

Die in neuerer Zeit wiederholt unternommenen **Annäherungsversuche der Fortschrittspresse an die ländlichen Wähler** fahren in den „Meckenb. Landesnachr." eine ziemlich derbe Zurückweisung. Das genannte Blatt sagt darin u. a.:

Fürst Bismarck sagte einmal auf einer seiner parlamentarischen Soireen zu einigen hervorragenden liberalen Abgeordneten ironisch, sie würden jetzt wohl „Bruder Bauer" gar sehr die Hand drücken müssen, denn auf die Bauern komme es jetzt an. Angesichts der bevorstehenden Wahlen scheinen die liberalen Blätter sich dieses guten Rathes zu erinnern; sie sind jetzt ausnehmend freundlich gegen den Bauer. Der Abg. Lasker wollte zwar, wie er einer Zeit im Abgeordnetenhause behauptete, noch einen nothleidenden Bauer gesehen haben, und das an auch seine Richtigkeit haben, da Herr Lasker oft mit den Bauern verkehrt, aber die ihm bekannten Blätter wissen doch jetzt allerlei zu erzählen von dem Nothstande der Landwirthschaft, da sie verschiedene mündlich Rezepte zur Abhilfe jenes Nothstandes, gute und schlechte. Aber man darf doch den guten Willen, und darauf kommt bei den Wahlen viel an; hernach kann man ja doch thun, was man will. Drei Jahre geht es dann schon. Hoffentlich aber werden die Bauern sich nicht durch die schönen Versprechungen blenden lassen; man kann gar nicht mißtrauisch genug sein, gegen all' die schönen Worte, welche jetzt solche Zeisigen machen, die im Dienst des Bank- und Börsenliberalismus stehen oder die, wie gewisse radikale und halbradikale Organe, darauf ausgehen, den schlichten Leuten auf dem Lande mit allerlei schönen Phrasen erst die Köpfe zu verwirren und dann mit ihrer Hülfe gewisse politische Zwecke zu erreichen."

Bekanntlich wird Seine Majestät der Kaiser von Rußland demnächst in Warschau eintreffen, um den Manövern seiner dort konzentrirten Truppen beizuwohnen. Mit der Begrüßung Seiner Majestät im Namen des Deutschen Kaisers ist der General-Feldmarschall Freiherr Edwin von Manteuffel beauftragt worden. Se. Excellenz kommt heute Nachmittag von Lovper nach Berlin und wird, wie bisher bestimmt, begleitet von den Herren Oberst v. Lettow und 1. Gardedragoner v. F., Major v. Petersdorff vom Kaiser Alexander-Garde-Grenadierregiment, Rittmeister Freiherr v. Maltzahn vom 6. Kürassierregiment und Hauptmann Freiherr v. Manteuffel, persönlichem Adjutanten des Feldmarschalls, morgen nach Warschau abreisen.

Kürzlich wurde bereits eine ganze Serie von Gesetzentwürfen in den Blättern namhaft gemacht, welche dem Landtage zugehen sollen. Die ganze Mittheilung mußte in das Reich der Kombinationen verwiesen werden, weil über diese Fragen auch noch nicht annähernd Angaben zu machen sind. In ähnlicher Weise stellt man nun dem Bundesrath die Tagesordnung seiner nächsten Sitzung auf. Auch hier muß bemerkt werden, daß auch noch nicht einmal über die Berufung des Bundesraths Bestimmung getroffen ist, viel weniger über die Gegenstände, welche in der ersten Sitzung desselben berathen werden sollen.

In verschiedenen Blättern wird das Projekt einer **Inseratensteuer** unter der Voraussetzung besprochen, daß ein solches von der Regierung ermogen werde. Gutem Vernehmen nach ist aber an maßgebenden Stellen über diesen Gegenstand nicht das Geringste bekannt.

Aus München schreibt unser dortiger Korrespondent vom 23. August:

Es giebt keine Reformmaßregeln, die vom Publikum günstiger aufgenommen wurde, als die der königlichen Freigebigkeit von Oberbayern, welche auf Beschränkung der Schankwirthschaften abzielt. Es soll danach nicht mehr dem Belieben des Wirthes gestellt sein, ohne Rücksicht auf das Bedürfniß ein Gastlokal aufzuthun. Würde auf allen Gebieten des wirthschaftlichen Lebens der Weg ähnlicher Reformen beschritten, so würde, wie sind dessen fest überzeugt, gar bald klar werden, daß trotz der sogenannten und in mancher Beziehung thatsächlich vorhandenen schlechten Zeiten die Noth keine so große, die Theuerung aller Lebensmittel aber nur eine auf einen verderblichen Zwischenhandel erfliegende künstlich erzeugte ist.

Die dem Interesse der Finanzwirthschaft natürlich vollkommen entsprechende Maßregel der Konvertirung unserer vereinbalbprozentigen Eisenbahnschuld bringt natürlich einzelnen Privaten und Stiftungen unter Umständen empfindlichen Nachtheil. So kenne ich eine humanitäre Stiftung, welche in Folge der Konvertirung an ihrem Einkommen jährlich tausend Mark verliert.

Wie der „Baier. Kurier" meldet, wird der zum Ober-Staatsanwalt am Verwaltungs-Gerichtshof ernannte Bezirksamtmann Hauck sein Mandat zum Landtag mehr annehmen. Mit ihm verliert die Kammer und insbesondere die patriotische Fraktion eines ihrer befähigtsten Mitglieder. Was die angeblich in nächster Aussicht stehende Wahl des Abgeordneten Huhn zum Spitalmeister der armen Schulschwestern in Baiern anlangt, so ist selbe keineswegs so sicher, als von der „A. A. Ztg." gemeldet wurde. Es wurden vielmehr außer ihm auch noch Andere in Vorschlag gebracht. Fällt aber seiner Zeit die Wahl wirklich auf ihn, dann freilich wird auch er sein Mandat niederlegen müssen, da die Ausübung desselben mit seinem neuen Amte unverträglich wäre.

Durch den Austritt des Abgeordneten, Lyzealprofessors und päpstlichen Hausprälaten Merkle in Passau, der, wie man hört, kein ganz freiwilliger, sondern durch einen Wunsch des dortigen Bischofs herbeigeführt worden sein soll, wurde die Anzahl der erbittertsten Gegner des gegenwärtigen Schulsystems in der Kammer um einen vermindert. Herr Merkle verhielt sich in der Kammer meist völlig schweigsam und sprach nur gegen das Schulsystem mit großer Emphase.

Der letzte apostolische Nuntius am hiesigen Hofe, Msgr. Aloisi Masella, wurde anläßlich seiner Abberufung durch Verleihung des Großkreuzes des bairischen Kronordens ausgezeichnet, wie alle Amtsvorgänger auch. Derselbe hat München bereits verlassen und sich über Innsbruck nach Rom begeben.

Die Diözese Regensburg bildet noch immer das hervorragendste Asyl kulturkampfflüchtiger Bischöfe und badischer Priester. Die Gesammtzahl derselben beträgt 145, und gehören selbe den Diözesen Breslau, Köln, Feldberg, Kulm, Münster, Limburg, Paderborn, Posen-Gnesen und Trier an. Wie viele Andere in den übrigen bairischen Diözesen derselben sind, ist z. Z. nicht festzustellen. Uebrigens ist ihre Anwesenheit im Allgemeinen Alles eher als segenbringend: die Herren zählen mit verschwindend wenigen Ausnahmen zu den politischen und religiösen Hetzsporen.

Heute Abend werden zur Vorfeier des Geburts- und Namensfestes Sr. Majestät des Königs nach eingebrochener Dunkelheit auf der ganzen Bergkette vom Wendelstein bis zur Zugspitze Freudenfeuer angezündet, namentlich der Schwarzenberg, Breiten- und Wendelstein, die Rothe Wand, der Jägerkamm, die Brecherspitze, die Geisalve, dann überhaupt die Berge um Schliersee, Tegernsee, Tölz, Benggries, Benediktbeuren, Kochel- und Walchensee, unter diesen besonders die Benediktenwand, der Herzogstand und der Heimgarten, dann einzelne Theile des Karwendel- und Wettersteingebirges und endlich als mächtiger Schlußstein die Zugspitze mit den Nachbarbergen in Feuer strahlen.

Rundschau im Auslande.

Den Wiener Zeitungsnachrichten zufolge gedachte Graf Andrassy heute Morgen nach Gastein abzureisen. Die Wiener „Montags-Revue" liefert einen Kommentar zu diesem Besuch, indem sie — den Rücktritt des **österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen** als unzweifelhaft bezeichnend — über das Verhältniß zu Deutschland, welches auch für den Amtsnachfolger des Grafen Andrassy bindend sein werde, Folgendes schreibt:

„So hat es eine gewissermaßen symbolische Bedeutung, daß Graf Andrassy im Moment seines Scheidens vom Amte sich noch einmal mit dem leitenden Staatsmanne Deutschlands begegnen wird, der aus einem erbitterten Feinde Oesterreich-Ungarns ein wahrer und aufrichtiger Freund der Monarchie geworden ist. Der bevorstehende Gasteiner Besuch des Grafen Andrassy bezeichnet den naturgemäßen Abschluß seiner ministeriellen Laufbahn. Sein Ideenaustausch mit dem Fürsten Bismarck kann kein anderes Ergebniß haben, als letzteren davon zu überzeugen, daß der zurücktretende Minister seinem Nachfolger ein festes Erbe zurücklassen hat und daß die Fragen unseres Verhältnisses zu Deutschland unabhängig sind von den persönlichen Momenten des einsetzenden Regimentes. Allerdings vermag selbst ieder Staatsmann durch seine Abgangsheit die Bürgschaft aufzuweisen, über welche Graf Andrassy wie über einen verzinslichen Schatz seiner politischen Stellung verfügte. Die staatsmännische Erkenntniß, mit welcher der scheidende Minister den Satz aufstellte, daß die Ueberschreitung der Mainlinie, die Einverleibung der Südstaaten in den Norddeutschen Bund, die volle Einigung Deutschlands keinem wirklichen Interesse Oesterreich-Ungarns widersprechen, ist in Berlin so unverfälscht geblieben, als seine Haltung im Jahre 1870, welche die neutrale Stellung Oesterreich-Ungarns im deutsch-französischen Kriege entschied. Allein die Auffassung, daß die Erfüllung der nationalen Aufgaben Deutschlands keine hemmende Schranke zwischen letzterer und Oesterreich-Ungarn biete, daß die Pflege seiner eigenen Interessen das Deutsche Reich naturgemäß zur wohlwollendsten Unterstützung der österreichischen Interessen führen müsse, daß eine politische Verwandtschaft zwischen beiden Staaten existire, die man nur ihrer künstlichen Hülle zu entkleiden brauche, um sie zu freier Bewegung und ihrer natürlichen Entfaltung gelangen zu lassen — diese Auffassung, sagen wir, ist heute zum Gemeingute Aller gewonden, in Oesterreich-Ungarn wie in Deutschland."

Bezügliche Aeußerungen finden sich in allen der Regierung näher stehenden Organen. Der „Pester Lloyd" setzt in einer Besprechung desselben Momente hervor:

„Leider vermag Graf Andrassy das Vertrauen, welches er in Berlin und London genießt, nicht auf seinen Nachfolger zu vererben. Wenn wir auch annehmen wollten oder dürften, daß der künftige Minister des Auswärtigen die Traditionen des Andrassy'schen Systems in den internationalen Beziehungen getreulich pflegen werde, und daß die Politik, die Graf Andrassy im Verhältniß zum Deutschen Reich und Großbritannien inaugurirt hat, nicht mit ihrem Begründer vom Schauplatze verschwinden werde, so können wir uns doch der Wahrscheinlichkeit nicht verschließen, daß es jedenfalls einer längeren und konsequenten Pflege dieser sachlichen Motive bedürfen werde, ehe auch das persönliche Moment der Beziehungen des Vertrauens und des gegenseitigen Wohlwollens so hell wieder in den Vordergrund tritt, wie unter der Regierung des Grafen Andrassy."

Die Wiener Blätter vom Montag Abend theilen mit, daß am Sonntag eine militairische Konferenz vor dem Kaiser stattgefunden habe. Dieselbe wird mit dem nach wie vor als nahe bevorstehend bezeichneten Einmarsche nach Novibazar in Verbindung gebracht. Wie verlautet, zieht die Pforte alle albanesischen Truppen aus den Grenzdistrikten zurück und jetzt regulaire türkische Truppen an ihre Stelle.

Wie aus Paris geschrieben wird, hat der **rumänische** Minister Hr. Boerescu Hrn. Waddington die schwierigkeiten darzulegen versucht, welche die Naturalisirung von mehr als 800,000 Juden, fremden Stammes und aller Assimilirung zuwider, für Rumänien darbietet. Es sei der feste Wille der rumänischen Regierung, den Artikel 44 des Berliner Vertrages in loyaler Weise auszuführen, nur sei dies erst allmälig durchführbar. Aehnlich berichtet auch der Pariser „Globe" über eine Unterredung eines seiner Redakteure mit dem Minister. Herr Boerescu soll namentlich gegen die Auffassung protestirt haben, als ob in Rumänien eine Art Religionsverfolgung stattfinde. Im Gegentheil sei es nur durch die religiöse Toleranz den fremden Israeliten möglich geworden, die Stellung zu erlangen, welche sie sehr zum Unheil des Landes jetzt einnehmen. In St. Petersburg will Herr Boerescu den Eindruck gewonnen haben, als ob Rußland, vielleicht in Folge genauerer Kenntniß der betreffenden Bevölkerungsklassen, der Frage mindestens sehr gleichgiltig gegenüberstehe.

Ueber eine Schwierigkeit, welche für **Serbien** aus dem Berliner Vertrage erwächst, berichtet die „Times" aus Belgrad Folgendes:

„Es wird gegenwärtig hier eine wichtigere Frage, als jene der harmlosen Juden Serbiens, verhandelt, nämlich die der Ansprüche der Zinzaren. Diese Leute sind macedonische Walachen und unterhen ferner, als sie den Vasallenstaat Serbien betraten, für Unterthanen des Fürstenthums gehalten, in Folge dessen sie Grundbesitz erwerben, Handelsgeschäfte betreiben und sich aller Vorrechte als serbische Bürger erfreuen durften. Jetzt treten sie jedoch mit ottomanischen Pässen auf, erklären sich als türkische Unterthanen und protestiren gleich anderen Fremden gegen die Bezahlung von Steuern. Die Zingaren zählen über 10,000 Seelen, haben in der serbischen Armee gedient und ihren Antheil an den Staatslasten getragen. Ihre neuerlichen Ansprüche schaffen eine Schwierigkeit für die serbische Regierung in ihren, durch den Berliner Vertrag bestimmten Beziehungen zu der Türkei. Die Zinzaren sind ein Volk, nach dem sich kein Land sehnen möchte. Man beschuldigt sie, daß sie sich auf gewissenlose Weise bereichern, wobei ihnen ihre Eigenung für Handelsgeschäfte zu statten kommt. Als abgesonderter Stamm halten sie zusammen, um alle Diejenigen zu plündern, unter denen sie leben und besonders fällt ihnen das einfältige Landvolk der türkischen Provinzen zum Opfer."

Wahlbewegung.

* Am 21. d. waren die Vertrauensmänner der liberalen Partei des Wahlkreises Neuhaldensleben-Wolmirstedt in Neuhaldensleben zusammengetreten. Man sprach sich, nach der „Magd. Ztg.", prinzipiell und übereinstimmend aus für Wiederwahl der beiden bisherigen Abgeordneten, Bürgermeister Sachse und Fabrikbesitzer Gröger. Während Ersterer sich bereit erklärte, lehnte aber Letzterer die Wiederwahl entschieden ab. Ein engeres Komité wurde behufs beauftragt, mit drei anderen Herren, welche an Gröger's Stelle in Vorschlag gebracht wurden, in Unterhandlung zu treten und über das Resultat einer späteren Versammlung zu berichten.

* Die „Gazeta Torunska" macht den Vorschlag, daß die westpreußischen Polen mit den Konservativen ein Kompromiß schließen möchten, nach welchen den Polen die Kreise, in welchen sie bis jetzt ihren Kandidaten durchgebracht haben, auch fernerhin überlassen bleiben; daß dagegen in den Kreisen, in welchen sie zwar in der Minorität sind, jedoch zwei Abgeordnete gewählt werden, einer derselben ein Pole sein soll, während sie in den Kreisen, in welchen sie eine geringe Minorität bilden und auch nur ein Abgeordneter gewählt wird, für einen deutschen Konservativen stimmen sollen.

* Die „Schles. Ztg." schreibt: „Aus Reichenbach i. Schl. wird berichtet, daß sich das daselbst vor etwa 3 Wochen gewählte liberale Wahlkomité mit dem waldenburger Komité in Verbindung gesetzt hat, um gemeinsam für die Wiederwahl liberaler Kandidaten im Wahlbezirk Reichenbach-Waldenburg zu agitiren. Einer der bisherigen Abgeordneten des Wahlbezirks, Dr. Braun, hat inzwischen definitiv die Wiederwahl abgelehnt, doch will er zu Anfang des Monats September für einige Zeit nach Waldenburg, resp. Reichenbach kommen, um dort in bekannter Weise „für die liberale Sache" einzutreten. — Von Seiten einer anderen Wählerpartei jenes Wahlbezirks wird, wie der „Wanderer" wissen will, für die Wahl des königlichen Landrathes Dr. Bitter und des Justizraths von Chappuis agitirt; bezüglich eines dritten Kandidaten soll die betreffende Wählerpartei noch nicht endgültig Beschluß gefaßt haben. — Aus Kattowitz wird bezüglich der Wahlparole im Industriebezirk berichtet: „Wie die Sonderinteressen der einzelnen Parteien auch sein mögen, hier in unserem Industriebezirk kennen wir nur eine Parole: „Wahrung der deutschen und nationalen Interessen." Alle anderen Parteifragen sollen fern bleiben. Mögen die für dieses Programm berufenen Vorstände bei nächstbevorstehenden Wahlvereins auch bei der bisherigen Wahlbewegung ihre Thätigkeit entwickeln, und jedes Mitglied wird auf seinem Posten sein."

Was die Ablehnung der Wiederwahl seitens des Dr. Braun betrifft, so wird diese Mittheilung von der „Nat. Ztg." nach ihren Informationen als „mit den Thatsachen in vollständigstem Widerspruch stehend" bezeichnet.

* In Neuhaus a. d. O. fand am 21. d. M. eine Versammlung liberaler Parteigenossen des 32. hannoverschen Wahlbezirks, welcher bislang bekanntlich von Herrn v. Bennigsen vertreten wurde. Dem eingehenden Bericht des „Hann. Cour." entnehmen wir, daß einstimmig beschlossen wurde, eine Adresse an v. Bennigsen zu richten, in welcher der Wunsch und die Bitte ausgesprochen wird, ein Mandat wiederum anzunehmen. Die Gründe, welche den bisherigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses veranlaßten, seinen Entschluß zu fassen, entwickelte Herr Pastor Pfaff folgendermaßen: Zunächst der acht bis zehn Monate dauernde Aufenthalt in Berlin und die dadurch herbeigeführte Vernachlässigung seiner Familie, die immer umfangreicher werdende Verwaltung des Landesdirektoriums und das der Gesundheit immer mehr nachtheiliger werdende Hin- und Herreisen zwischen Berlin und Hannover. Doch, so erheblich diese Gründe auch an sich sein möchten, so wären sie allein es nicht gewesen, welche v. Bennigsen zu dem Entschlusse veranlaßt hätten und ihn besonders bestimmt haben werde, sei wohl eine aus rubiger und ernsthafter Erwägung aller Verhältnisse entstandene Ueberzeugung, daß er, so wie er die politische Thätigkeit auffasse, heut zu Tage eine nützliche und erfolgreiche Mitwirkung nicht mehr leisten könne. Es scheine, als könne er in der Weise, wie es seit zehn bis zwölf Jahren geschehen, die Regierung nicht mehr unterstützen, und eben so wenig möge er geneigt sein, systematische Opposition gegen dieselbe zu machen, er könne dazu um so weniger Neigung haben, als die deutsche Bevölkerung in ihrer großeren Mehrheit weder von einer radikalen Freihandelspolitik noch von einer radikalen innern Politik etwas wissen wolle. Auch sehen in der liberalen Partei in der letzten Reichstagssession so starke Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten, daß es dem bewährten Führer nicht gelungen sei, die selbe zusammenzuhalten, und zum Versuche einer neuen Parteibildung beizutragen, werde er keine Neigung haben.

* Der geschäftsführende Ausschuß des Zentral-Wahlkomités der Fortschrittspartei erläßt eine Aufforderung an die Parteigenossen, ihn behufs Herausgabe der Wahlkorrespondenz, der Verbreitung von Flugblättern oder Broschüren, für Reiseagitationen und event. direkte Unterstützung einzelner Wahlkreise mit ausreichenden Geldmitteln zu unterstützen.

Parlamentarisches.

* Wie der „Germ." aus dem Aschaffenburger Wahlkreise geschrieben wird, dürfte der Reichstagsabgeordnete Hauck ein Mandat zum Reichstage nicht wieder übernehmen, weil die Geschäfte als Oberstaatsanwalt beim Verwaltungsgericht und als bairischer Landtagsabgeordneter eine allzöftliche längere Abwesenheit aus München nicht wohl zuließen.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser und König nahm gestern Vormittag die regelmäßigen Vorträge entgegen und arbeitete mit dem Zivilkabinet. Nachmittags 5 Uhr fand bei den kaiserlichen Majestäten Cour auf Schloß Babelsberg ein Gartenfest statt, zu dem ca. 100 Einladungen ergangen waren. Heute Vormittag empfing Se. Majestät der Kaiser und König zu Vorträgen den Oberhof- und Hausmarschall Grafen Pückler und den Chef des Militärkabinets, Generallieutenant v. Albedyll und nahm militairische Meldungen entgegen.

* Ihre Majestät die Kaiserin und Königin wohnte am Sonntag Vormittag dem Gottesdienste in der Friedenskirche bei.

* Ihre kaiserl. und königl. Hoheit die Kronprinzessin kam heute Vormittag 9½ Uhr mit den jüngeren Kindern von Potsdam nach Berlin, besuchte die Ausstellung im provisorischen Kunstausstellungs-Gebäude auf der Museumsinsel und kehrte alsdann nach kurzem Aufenthalte im hiesigen kronprinzlichen Palais wieder nach Potsdam zurück.

* Die Großfürsten Wladimir und Alexis von Rußland treffen, von Kissingen kommend, morgen früh 7¾ Uhr hier ein, um sich am Donnerstag früh zur Abhaltung einer Jagd nach Hubertusstock in der Schorfheide zu begeben. Von dort werden Höchstdieselben bereits am Freitag wieder in Berlin zurück erwartet.

* Der diesseitige Gesandte am großherzoglich sächsischen Hofe, Graf zu Stolberg-Stolberg, hat Berlin wieder verlassen und sich nach Schlesien begeben.

* Der kaiserlich russische General v. Tolstoy ist gestern Abend aus Karlsbad hier eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen.

Wochen-Uebersicht

der Reichs-Bank vom 23. August 1879.

Aktiva (in Tausend Mark).

Metallbestand (der Bestand an kursfähigem deutschem Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Pfund fein zu 1392 ℳ berechnet) . . . . . 550,288 + 2,014